

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Neue Grundlagen für die Tourismusförderung in unserem Land?

Der Landtag entschied sich gegen die Einhebung einer Zwangsumlage und sprach sich gegen die Zwangsmitgliedschaft im Tourismusverband aus

(G. M.) – Die Einheimischen verreisen ins Ausland, Fremde kommen in unser Land, um das Tourismusland Liechtenstein zu entdecken. Während aber in vielen anderen Staaten die Tourismusförderung mit entsprechenden Mitteln ausgestattet wird, muss die liechtensteinische Fremdenverkehrszentrale weitgehend auf Sparflamme arbeiten. Nachdem der Landtag das Tourismusgesetz vor rund einem Jahr an die Regierung zurückgewiesen hat, weil er sich mehrheitlich gegen die Einhebung einer Zwangsumlage zur Finanzierung der Fremdenverkehrswerbung aussprach, agieren die Fremdenverkehrswerber auf einer unsicheren Rechtsgrundlage.

Als die Regierung 1990 erstmals eine Vorlage über die Neufassung des Fremdenverkehrsgesetzes unterbreitete, waren sich die politischen und touristischen Kreise bewusst, dass die Tourismusförderung in unserem Land auf eine neue Grundlage gestellt werden müsse. Für die Neufassung des Gesetzes machte die Regierung insbesondere auch rechtliche Probleme bei der Handhabung des 1971 in Kraft gesetzten Fremdenverkehrsgesetzes geltend und wies in diesem Zusammenhang vor allem auf die sogenannte Umlagepflicht – also die Finanzierung der Fremdenverkehrszentrale durch Abgaben von Betrieben, die direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr profitieren – hin: «Die Anordnung der Umlagepflicht für die am Fremdenverkehr interessierten Geschäftsbetriebe war in der Anwendung von Anfang an problematisch.»

820 Mio Franken für den öffentlichen Bau

Bern (AP) Die Kommission für öffentliche Bauten des Schweizer Ständerates hat Bauvorhaben in der Höhe von 820 Millionen Franken genehmigt. Sie beantragt dem Ständerat einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss über die verschiedenen Verpflichtungskredite zuzustimmen, wie die Parlamentsdienste am Mittwoch mitteilten.

Die von Ständerat Hans Uhlmann (SVP/TG) präsidierte Kommission behandelte laut Mitteilung im Beisein von Finanzminister Otto Stich die Botschaft des Bundesrates vom 26. Mai dieses Jahres über Bauvorhaben, Grundstücks- und Liegenschaftserwerb, mit der Verpflichtungskredite in der Höhe von 819,95 Millionen Franken beantragt werden. Die beantragten Kredite seien zur Hauptsache für den ETH-Betrieb, namentlich für die dritte Ausbaustufe der ETH Zürich auf dem Hönggerberg, bestimmt. Die Kommission habe das für den Ausbau bestimmte Areal zuvor besichtigt und sei über das Projekt informiert worden.

Ablehnung durch Landtag

Die fehlenden Kriterien und Richtlinien, die das «Interesse am Fremdenverkehr» definieren sollten, um die Umlage einzuhaken zu können, wurden von der Regierung allerdings nicht so hieb- und stichfest formuliert, dass sie eine Mehrheit im Landtag gefunden hätten. Die Abgeordneten standen wohl auch etwas unter dem Eindruck, dass die Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) in der Vergangenheit Beschwerden geschützt hatte gegen die Unterstellung unter die Umlagepflicht – mit dem Hinweis, dass es Sache der veranlagenden Landesfremdenverkehrskommission sei, das von ihr vermutete Interesse am Fremdenverkehr nachzuweisen.

Pflichtbeitrag oder nicht?

Letztlich spitzte sich die Auseinandersetzung über die Neufassung des Fremdenverkehrsgesetzes auf die Frage nach der Finanzierung oder nach den Möglichkeiten der Finanzierung zu. Die Regierung vertrat die Auffassung, dass die Finanzierung des neu zu schaffenden Tourismusverbandes nur über einen Pflichtbeitrag möglich sei, der nicht nur die unmittelbar betroffenen Unternehmen umfassen müsse, sondern auch noch

weitere Kreise. «Es soll auch insbesondere vermerkt werden», hielt die Regierung in einer Stellungnahme an den Landtag fest, «dass in finanzieller Hinsicht der Tourismusverband und somit auch die Tourismuszentrale zum Scheitern verurteilt wären, wenn lediglich die unmittelbar vom Fremdenverkehr profitierenden Betriebe erfasst und als umlagepflichtig erklärt würden.»

Gegenüber dieser Haltung, die sich am bestehenden System orientierte und nur unwesentliche Änderungen vornehmen wollte, stellte sich der Landtag auf den Standpunkt, dass einer liberalen Wirtschaftsordnung ohne Zwangsumlagen und ohne Zwangsmitgliedschaft in einem Tourismusverband der Vorzug gegeben werden sollte. Jegliche Neufassung des Fremdenverkehrsgesetzes, die sich unverändert aufdrängt, wird sich an dieser Vorgabe zu messen haben. Erfolgreiche Fremdenverkehrsorganisationen wie die «Österreich-Werbung» demonstrieren vor, dass es auch ohne Zwangsmassnahmen geht.

Was geschieht mit dem Leitbild?

Über den Diskussionen um die Finanzierungsfrage trat in den letzten zwei Jahren in den Hintergrund, dass die Regierung im Besitz einer Studie über den

Fremdenverkehr in der Zukunft ist, die als Leitbild die Marschrichtung der Fremdenverkehrspolitik angeben sollte. «Das Hauptziel des Leitbildes», formulierte das Institut für Fremdenverkehr und Verkehrswirtschaft an der Hochschule St. Gallen, «visiert die Förderung eines angebots- und nachfrageseitigen, qualitativ und beschränkt quantitativen organischen Wachstums unter Berücksichtigung der Belastungsgrenzen des Landes und seiner Bewohner an.» Das touristische Leitbild müsse ein integriertes Konzept darstellen, heisst es weiter in der Studie, das gleichzeitig sämtliche entscheidenden Faktoren, insbesondere Bedürfnisse der Bevölkerung, Lösung des Verkehrsproblems, qualitatives sowie bedingt quantitatives Wachstum des Angebotes sowie ökologische Verträglichkeit berücksichtigt.

Nach diesen Vorstellungen sollte die Tourismusförderung erfolgen, ansonsten das erstellte Leitbild für den Papierkorb oder die Bibliothek geschaffen worden wäre. Nachdem die Finanzierungsfrage aus grundsätzlichen Überlegungen gescheitert ist, könnte auch versucht werden, den umgekehrten Weg zu beschreiten: Zuerst ein Konzept vorlegen, dann über die Finanzierungsmöglichkeiten diskutieren.



Zahlreiche Touristen besuchen, wenn auch nur für kurze Zeit, unser Land. Aber weiterhin fehlt ein modernes Fremdenverkehrsgesetz, das die Finanzierung der Tourismuswerbung sichert. (Archivbild)

Die Schuldner warten auf bessere Zeiten

Hoffnungen auf Zinssenkung nach der Sommerpause

Zürich (spk) Nach dem Ultimo sind die Geldmarktsätze sanft zurückgeglitten, doch auf den eigentlichen Rutsch wird weiter gewartet. Dazu müssten die Inflationsrate neue Vorlagen liefern. Nun warten die Schuldner – vor allem die inländischen – auf bessere Zeiten und halten sich zunächst zurück.

Im Wochenvergleich haben sich die Geldmarktsätze leicht ermässigt, gemessen am 3-Monats-Eurofranken um ein mageres 1/16 Prozent auf 4 1/16 Prozent. Auch die Durchschnittsrendite der Bundesobligationen zeigt sich mit 4,48 Prozent nach 4,49 Prozent auf minim tieferem Niveau. Dies reicht als positives Signal keineswegs aus, denn die Erwartungen sind klar auf tiefere Sätze gerichtet.

Zwar sank die Monatssteuerung im Juli um 0,1 Prozent, doch der statistische Basiseffekt sorgte für einen Anstieg der Jahreststeuerung auf 3,4 Prozent.

Dennoch bleiben die Zweifel an der Teuerungsentwicklung klein. Mit einem zwei vor dem Komma rechnen in den nächsten Monaten bereits die Ökonomen der Kreditanstalt. Andere Auguren setzen so grosse Fortschritte erst auf den Beginn des kommenden Jahres an. Ein deutlicher Teuerungsabbau würde den Handlungsspielraum der SNB sicherlich vergrössern, vor allem aber dem Bondmarkt neuen Auftrieb verleihen.

Stimmungsmässig dürfte sich auch ein neuer Zinsschnitt der Deutschen Bundesbank nach den Sommerferien positiv auswirken. Die Senkung der dritten Leitzinsen – des Geldmarktleitzinses – unter den Diskontsatz hat die Erwartungen auf einen deutlichen Schnitt des selben verstärkt. Dass der Diskontsatz auf diese Weise «kaltgestellt» werden soll, erscheint möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich. Erstens verschlechtert sich

damit die Refinanzierungssituation der Banken, vor allem der kleinen. Zweitens aber würde damit aber das Direktorium der Bundesbank, das den Geldmarktsatz festlegt, gegenüber dem Zentralbankrat, der für den Diskontsatz zuständig ist, an Gewicht zulegen.

Trübe Arbeitsmarktlage

Da die Abwärtsbewegung im Sog der deutschen Rezession verlängert wurde, kann erst mit einem Rezessionsende im Ausland und verbesserten Absatzmöglichkeiten dort wieder Wachstumspotential aufgebaut werden. Denn vom privaten Verbrauch gehen mit der nach wie vor trüben Arbeitsmarktlage kaum positive Impulse aus. Zudem verharren die Unternehmen trotz bereits erfolgtem Zinsrückgang auf Warteposition in Sachen Investitionen, was den Aufschwung ebenfalls verzögert.

KOMMENTAR

Der Fremdenverkehr in unserem Land, rein zahlenmässig betrachtet und nur anhand der Ankunfts- und Nächtigungsstatistik bewertet, ist in den letzten Jahren immer wieder Schwankungen unterworfen worden. Im letzten Jahr erhöhten sich die Gästezahlen leicht gegenüber dem Vorjahr, dieses Jahr werden sie vielleicht wieder etwas zurückgehen. Wer auf die Gunst der ausländischen Gäste angewiesen ist, kann nicht über Jahre hinweg mit gleichbleibender Konstanz rechnen, zumal aufgrund der Kleinheit unseres Landes das Ausbleiben verschiedener Reisegruppen oder die Schliessung eines Hotels rasch zu einem erheblichen Ausschlag in der Statistik führen kann.

Konstant waren in den letzten Jahren lediglich die Klagen über die Finanzierungsprobleme der Tourismuswerbung, verbunden mit der Frage nach der Notwendigkeit, Liechtenstein als Tourismusland vermarkten zu wollen. Die Regie-

Wirtschaftliche Bedeutung nicht auf die Seite schieben

rung machte bei der Vorlage des Fremdenverkehrsgesetzes richtigerweise darauf aufmerksam, dass gesamtwirtschaftlich gesehen dem Sektor Fremdenverkehr in unserem Land nicht die gleiche Bedeutung wie in den traditionellen Fremdenverkehrsländern oder einzelnen Tourismusregionen zukomme. Freilich gab sie auch zu verstehen, dass immerhin 5,9 Prozent der aktiven Wohnbevölkerung und 4,4 Prozent der im Lande Beschäftigten (Zahlen Ende achtziger Jahre) ihr Auskommen in den gastgewerblichen Betrieben finden würden.

Inzwischen hat sich die Wirtschaftslage weltweit verändert, von der auch die Tourismusbranche nicht verschont geblieben ist. Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen in unserem Land könnte der Sektor Fremdenverkehr in absehbarer Zeit einen anderen Stellenwert erhalten. Für ein Tourismusland fehlen dem Fürstentum Liechtenstein zwar einige wesentliche Voraussetzungen, um mit den traditionellen Ferienländern konkurrieren zu können, doch könnte auch in diesem Bereich eine Art Nischenpolitik betrieben werden.

Noch liegt die touristische Infrastruktur weitgehend brach, die Möglichkeiten für sportliche und kulturelle Aktivitäten sind eingeschränkt. Was aber noch nicht ist, das kann noch werden. Schliesslich liegt seit einiger Zeit ein Leitbild für den Fremdenverkehr in der Zukunft vor, das die Richtung angibt – wenn darauf eingegangen wird. Qualitativer Tourismus heisst das Schlagwort, auf das sich die Debatten über den Fremdenverkehr in den letzten Jahren konzentrierten. Bislang wurden die dahinterstehenden Möglichkeiten freilich nicht ausgeschöpft. Der Aufbau einer touristischen Infrastruktur vor diesem Hintergrund aber würde Arbeitsplätze schaffen. In der jüngsten Vergangenheit war dies in unserem Land nicht notwendig, doch könnte sich diese Situation ändern. Auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs könnte noch ein Potential ausgeschöpft werden.

(Günther Meier)

LIEBE KOMMT LIEBE GEHT LIEBE BLEIBT

huber

Wachst

Wachst

Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen

USM HALLER

THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16

office